



Das Regime der Abschiebehaft beenden

Rede von Ulla Jelpke, 26. April 2013

**Debatte zu Antworten der Bundesregierung auf
Große Anfragen der Fraktion DIE LINKE
(17/10597) und der Grünen (17/10595) zur
Durchführung der Abschiebehaft in
Deutschland**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wolff, ich glaube, Sie haben sich heute mit dem Thema vertan. In den Vorlagen geht es vor allen Dingen um schutzbedürftige Menschen und nicht um Einwanderungspolitik; darüber können wir an anderer Stelle diskutieren. Ich finde es schon beschämend, dass Sie 20 Jahre gebraucht haben - gezwungen durch das Bundesverfassungsgericht -, die Leistungssätze für Asylbewerberinnen und Asylbewerber anzupassen. Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen ganz klar bescheinigt, dass erstens das entsprechende Gesetz verfassungswidrig

ist und zweitens die Leistungssätze "evident unzureichend" sind.

(Dr. Hans-Peter Uhl [CDU/CSU]: Was meinen Sie mit "Ihnen"? Das waren doch die Länder!)

Das Bundesverfassungsgericht hat auch gesagt, dass der Gesetzgeber nicht versuchen darf, durch unwürdige

Lebensbedingungen Menschen von einer Flucht nach Deutschland abzuschrecken. Aber genau das machen Sie

weiterhin, wenn Sie an der Residenzpflicht festhalten, wenn Sie trotz Bundesverfassungsgerichtsurteil im Grunde genommen keine neue Regelung schaffen, wenn

Sie weiterhin die Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern

veranlassen oder wenn Sie nur Sachleistungen gewähren

wollen. Diese Politik folgt der Logik der Abschreckung.

Sie muss endlich beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Frieser [CDU/CSU]: Das hat doch mit der Realität nichts zu tun!)

Trotz dieser Abschreckungspolitik kommen viele schutzsuchende Menschen nach Deutschland, die hier

nicht immer auf Schutz hoffen können. Gerade gibt es

den aktuellen Fall von Herrn Singh Bhullar, der vor vielen

Jahren aus Indien eingereist ist und dann vom Frankfurter

Flughafen abgeschoben wurde. Er ist gerade zum Tode verurteilt worden. Das Verwaltungsgericht Frankfurt

hat seinerzeit diese Abschiebung für rechtswidrig erklärt.

Als er nach Indien abgeschoben wurde, ist er

inhaftiert

worden, gefoltert worden, aber man hat nie etwas von der Bundesregierung gehört. Sie reden die Verhältnisse hier leider sehr schön. Das finde ich gar nicht gut.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn dies ist nämlich leider kein Einzelfall. Es gibt zum Beispiel eine Dokumentation von der Antirassistischen Initiative Berlin. Danach sind seit 1993 32 Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland zu Tode gekommen, 562 erlitten

Misshandlungen und Folter, 71 verschwanden spurlos. Diese Zahlen sprechen meiner Meinung nach für sich. Ich möchte hier ebenfalls erwähnen, dass gerade

vor wenigen Tagen Sammelabschiebungen von Roma in Düsseldorf stattgefunden haben, obwohl klar ist, dass die Lebensverhältnisse in Serbien und im Kosovo

für sie erbärmlich sind und ihnen Diskriminierung bevorsteht. Auch das, finde ich, ist nach wie vor ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

2011 haben sich 6 466 Menschen in Abschiebehaft befunden. Das ist keine unerhebliche Zahl. All diese Menschen haben übrigens keine Straftaten begangen.

Was mich besonders in Sorge versetzt, ist, dass darunter

viele Minderjährige sind. Allein 2011 waren es 60 Minderjährige,

die in Abschiebegefängnissen inhaftiert waren.

Auch hier muss man sagen: Deutschland ist das einzige Land innerhalb der EU, das Kinder in Abschiebehaft

nimmt. Wir hatten dazu vor kurzem eine Anhörung, in der die Bundesregierung wiederum nicht davon zu überzeugen war, die Kinderrechtskonvention

anzuerkennen.

Das bedeutet, dass weiterhin Kinder inhaftiert werden können. Ich halte es wirklich für einen Riesenskandal, dass so etwas in Deutschland möglich ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg.

Daniela Kolbe [Leipzig] [SPD])

Abschiebehäft bedeutet: Menschen werden eingesperrt,

obwohl sie keine Straftaten begangen haben. Das ist meiner Meinung nach eines Rechtsstaates unwürdig.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Memet Kilic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So viel Würde muss sein, dass man Menschen nicht inhaftiert.

Deswegen ist für die Linke ganz klar, dass dieses brutale

Zwangsinstrument endlich abgeschafft werden muss, also die Abschiebegefängnisse geschlossen werden

müssen. Zudem müssen das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht und die Lagerunterbringung endlich abgeschafft werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)